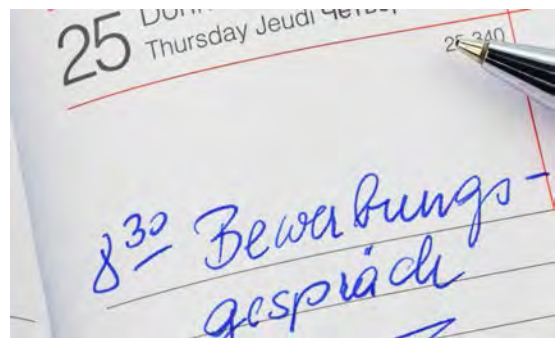


**Nr.23****Infobrief Mai 2015****Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung****TOP-Thema****Schlussbericht zum Landesprojekt Anonymisierte Bewerbungsverfahren vorgelegt
- Voraussetzungen für ihren weiteren Einsatz geschaffen**

Die Anonymisierten Bewerbungsverfahren haben ihren ersten [Praxistest](#) im Land Berlin gut bestanden. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die Bezirke Reinickendorf, Mitte, Pankow und Charlottenburg-Wilmersdorf sowie die „degewo“ waren am Projekt beteiligt und haben innerhalb eines Jahres rund 1000 anonymisierte Bewerbungen sowie Testergebnisse gesichtet und knapp 100 Stellen besetzt.

Es ist ein sehr positives Zeichen, dass alle Projektteilnehmenden signalisiert haben, auch künftig Anonymisierten Bewerbungsverfahren einzusetzen. Dazu hat beigetragen, dass nach ihren Erfahrungen tatsächlich ein „Mehr“ an Chancengleichheit und Objektivität in Rekrutierungsprozessen gewährleistet werden konnte. Zudem haben Qualität und Aussagekraft der im Verfahren ausgewerteten Bewerbungen zugenommen, konnte die Fokussierung auf die Qualifikation der Bewerbenden verbessert werden und war erkennbar, dass das Verfahren zusätzlich zur Optimierung und Beschleunigung von Stellenbesetzungsverfahren beitragen kann. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Verbindung des Projekts mit den E-recruiting Prozessen des Landes. Hier wird intensiv an der Bereitstellung eines Moduls „Anonymisierte Bewerbung“ gearbeitet.



Zudem haben Qualität und Aussagekraft der im Verfahren ausgewerteten Bewerbungen zugenommen, konnte die Fokussierung auf die Qualifikation der Bewerbenden verbessert werden und war erkennbar, dass das Verfahren zusätzlich zur Optimierung und Beschleunigung von Stellenbesetzungsverfahren beitragen kann. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Verbindung des Projekts mit den E-recruiting Prozessen des Landes. Hier wird intensiv an der Bereitstellung eines Moduls „Anonymisierte Bewerbung“ gearbeitet.

Anonymisierte Bewerbungsverfahren können nicht jedwede Benachteiligung im Bewerbungsverlauf verhindern. Sie setzen jedoch in der ersten, besonders wichtigen, Stufe des Bewerbungsprozesses an und reduzieren die Gefahr einer unbewussten Diskriminierung. Nach Außen hin wirken sie vertrauensbildend und ermutigen insbesondere Menschen mit vorangegangener Diskriminierungserfahrung zur Bewerbung. Dem misst der Senat hohe Bedeutung bei.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund der positiven Erfahrungen aus dem Pilotprojekt sieht sich der Senat darin bestärkt, weiterhin für das Instrument und seinen Einsatz zu werben. Im nächsten Schritt werden die für die Personalentwicklung zuständigen Bereiche über die Projektergebnisse informiert und Beratungs- und Fortbildungsangebote weiterhin bereitgestellt. Nicht zuletzt wird die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen alle interessierten Akteure noch in diesem Jahr zu einer Fachkonferenz einzuladen, um den Erfahrungsaustausch zu neuen, innovativen und chancengleichheitsorientierten Wegen der Personalrekrutierung weiter zu befördern.

LADS im Gespräch mit



Pablo Kuba

Kaufmännischer Assistent. Pablo Kuba hat ein Anonymisiertes Bewerbungsverfahren erfolgreich absolviert.

In Rekrutierungsverfahren habe ich die Erfahrung gemacht, dass ... man in der Bewerbungssituation um eine Anstellung natürlich unter einem gewissen Druck steht. Wenn man sich dann aufgrund seiner Hautfarbe und/oder seinem Namen auch noch nach außen hin abgrenzt, kann das sicherlich auch zum Nachteil sein. Mit absoluter Gewissheit kann ich nicht behaupten, dass ich ausschließlich an Personaler mit gewissen Ressentiments geraten bin.

Allerdings habe ich bei fast allen Bewerbungen nicht einmal eine Rückmeldung erhalten.

Als Bewerber habe ich das anonymisierte Bewerbungsverfahren besonders geschätzt, weil... mir das Gefühl gegeben wurde, allein aufgrund meiner Fähigkeiten beurteilt zu werden.

Um Diskriminierung in Bewerbungsprozessen weiter zu reduzieren würde ich mir wünschen, dass... generell keinerlei Daten erfasst werden sollten, die einen Rückschluss auf Herkunft oder Geschlecht zulassen.

LADS – Akteurinnen und Akteure vor Ort

Nachwuchsgewinnung durch Anonymisierte Bewerbungsverfahren im Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi)

Das **LAGetSi** war eine der Modellbehörden im Landesprojekt Anonymisierte Bewerbungsverfahren. Zu den dort gemachten Erfahrungen hebt der Direktor des LAGetSi, Dr. Rath, u.a. hervor:

Bemerkenswert war

- die hohe Zahl der Bewerbenden, eine Verzehnfachung gegenüber bisherigen Ausschreibungen für Ausbildungsplätze, Während sich bei früheren Ausschreibungen regelmäßig nur etwa 10 bis 20 Kandidaten beworben hatten, sendeten diesmal mehr als 100 Hochschulabsolventen eine Bewerbung ein.
- der hohe Frauenanteil unter den Bewerbenden: Von den 12 letztlich zur Ausbildung zugelassenen Bewerbenden sind 10 Frauen und 2 Männer – angesichts der Skepsis vieler weiblicher Studierender vor MINT-Fächern recht ungewöhnlich für Tätigkeiten in einer technischen Fachbehörde.

Nach dem zusammenfassenden Eindruck der Durchführenden war das Anonymisierte Bewerbungsverfahren in seiner erstmaligen Anwendung ein durchaus zeitaufwendiges, aber letztlich wegen seiner offenbaren Mobilisierungswirkung in den Bewerbergruppen erfolgreiches Verfahren, das zudem auch die Attraktivität der „Arbeitgebermarke Land Berlin“ befördert. Es hat sich allerdings auch gezeigt, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren nur ein Instrument aus dem breiterem Spektrum einer vielfaltsorientierten Personalpolitik sind und immer auch um weitere Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt und interkultureller Öffnung ergänzt werden müssen.



LADS – Veranstaltungen

Erstes Ländertreffen Antidiskriminierung in Berlin

Auf Einladung der Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung trafen sich im Februar dieses Jahres Vertreter_innen der Bundesländer zu einem Ländertreffen Antidiskriminierung in Berlin. Es war das erste Treffen dieser Art.

Viele Herausforderungen und Chancen der Antidiskriminierungsarbeit sind nicht auf einzelne Länder beschränkt. Die Vernetzung der ministeriellen Antidiskriminierungsarbeit der Länder birgt daher großes Potential, um gemeinsam Ziele zu realisieren, die allein nicht zu stemmen sind. Unter anderem wurde über die unterschiedlichen organisatorischen Strukturen der ministeriellen Antidiskriminierungsarbeit in den Ländern gesprochen. Dieser Erfahrungsaustausch bot und bietet den Ländern die Chance, von den Erfahrungen anderer zu profitieren.



An zwei arbeitsintensiven Tagen fand ein reger fachlicher Austausch unter anderem über Schutz (und Schutzlücken) des AGG oder über best-practice Maßnahmen im Bereich der Diskriminierung im Erwerbsleben statt

Die positiven Ergebnisse des diesjährigen Treffens haben zu dem Entschluss geführt, von nun an jährlich ein Ländertreffen Antidiskriminierung zu organisieren.

Polizeilicher Präventionskongress in Kooperation mit der LADS

Am 05.03.2015 hat die LADS gemeinsam mit der Berliner Polizei den 09. Polizeilichen Präventionskongress mit dem Titel: „Polizeiliche Präventionsarbeit in der inklusiven Gesellschaft“ im Roten Rathaus veranstaltet. An dem Kongress haben mehr als 300 Berliner Polizistinnen und Polizisten teilgenommen, die in unterschiedlichen polizeilichen Einsatzfeldern in Berlin zum Schwerpunkt Prävention arbeiten.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, und der Polizeipräsident, Klaus Kandt, die Anwesenden. In den Grußworten wurde betont, dass die Veranstaltung eine gute Gelegenheit sei, neue Themen und Perspektiven kennen zu lernen, Herausforderungen in der polizeilichen Präventionsarbeit zu thematisieren und den Austausch zwischen Polizei und Zivilgesellschaft zu stärken.

Im Anschluss an die Grußworte folgten drei Impulsvorträge, deren Inhalte am Nachmittag mit einer Vielzahl unterschiedlicher Referent_innen in drei Foren weiter vertieft wurden. Den ersten Impulsvortrag hielt Judy Gummich, Trainerin und Beraterin für Menschenrechte, zum Thema „Die inklusive Schule.“ In einem zweiten Vortrag beschäftigte sich Prof. Dr. Dieter Kugelmann von der Deutschen Hochschule der Polizei mit dem Thema „Hasskriminalität“. Er betonte unter anderem, dass es jenseits gesetzlicher Regelungen notwendig sei, Polizei und Justiz zu sensibilisieren, damit diese in der Lage seien, Hasskriminalität zu erkennen. Im dritten Vortrag ging es um „Vielfalt im öffentlichen Raum.“ Den Impulsvortrag hielt die Stadt- und Regionalplanerin Nadine Fehlert. Sie nannte einige Beispiele für öffentliche Plätze in Berlin, bei denen es durch partizipative Ansätze und stadtplanerische Überlegungen gelungen sei, verschiedene Interessen und Nutzengruppen zu berücksichtigen.

Berliner Beratungsnetzwerk diskutiert über Verbesserung der Zusammenarbeit

Die „Stärkung der Kooperationen in der Förderung von Demokratie, Vielfalt, Gleichberechtigung und der Prävention von Menschenverachtung in Berlin“ war das Thema eines Workshops des Berliner Beratungsnetzwerks am 4. März 2015.

Wiederholt wurde in wissenschaftlichen Expertisen festgestellt, dass in Berlin sehr differenzierte und erfolgreiche Maßnahmen zur Prävention von Menschenverachtung entwickelt wurden. Eine angemessene integrierte Strategie sieht aber nicht nur die Implementierung einzelner (und einzelner) Maßnahmen und Modelle vor, sondern verknüpft die regulären Angebote staatlicher Institutionen mit den besonderen Angeboten freier Träger. Die Weiterentwicklung von Kooperationen / Synergien / Schnittstellen in der Demokratie-Förderung war deswegen das Ziel des Workshops am 4. März. In vier verschiedenen Handlungsfeldern benannten Vertreterinnen und Vertreter von freien Trägern und staatlichen Stellen konkrete Kooperationslücken und formulierten Empfehlungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit. Die Ergebnisse des Workshops werden von der LADS bei der Weiterentwicklung einer übergreifenden Berliner Präventionsstrategie aufgegriffen.

Gemeinsame Informationsveranstaltung: Beschwerdestelle und Beschwerdemanagement der Polizei Berlin

Für viele Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) ist es nicht immer leicht, sich an die Polizei zu wenden. Angst vor Diskriminierung, vor Unverständnis für die eigene Situation oder die Befürchtung nicht ernst genommen zu werden, sind oft genannte Gründe, einen Übergriff nicht zur Anzeige zu bringen. Deshalb organisierte das ISV- [Projekt Tapesch der Lesbenberatung/ LesMigraS](#) in Kooperation mit der Polizei Berlin (Ansprechpersonen für LSBTI und Beschwerdestelle) und dem [Fachbereich LSBTI der LADS](#) eine Informationsveranstaltung zur [Beschwerdestelle und dem Beschwerdemanagement der Polizei Berlin](#). Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Erfahrungen des Beschwerdemanagements mit Beschwerden von LSBTI Personen, Erfahrungen von LSBTI Organisationen und Initiativen mit den Beschwerdefällen ihrer Klient_innen und Besucher_innen sowie Information über den Ablauf der Beschwerdeprozesse. Der Einladung folgten über 20 Berater_innen aus verschiedenen LSBTI Projekten, die sich mit den Mitarbeiterinnen der Beschwerdestelle zu Fällen und Möglichkeiten der Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit austauschten.

LADS unterwegs

LADS im Gespräch mit Europa

Auf Einladung der Landesvertretung Berlins und unter dem Titel „Europa Mitdenken“ reiste eine Delegation der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen im März 2015 nach Brüssel. Im Mittelpunkt stand der fachliche Austausch mit Vertreter_innen der [EU Kommission](#) und den europäischen Akteur_innen wie beispielsweise [ILGA Europe](#). Schwerpunkte des Seminars aus antidiskriminierungspolitischer Sicht waren dabei die sogenannte fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie sowie europäische Initiativen und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von geflüchteten LSBTI Personen. Darüber wurden auch Fragen der europäischen Arbeitsmarkt – und beruflichen Bildungspolitik erörtert.



Die LADS im Kongress der Regionen und Kommunen des Europarates: Akzeptanz sexueller Vielfalt als Politikfeld europäischer Städte und Regionen



Vom 24. bis 26. März 2015 fand in Straßburg die 28. Sitzung des Kongresses der Regionen und Kommunen des Europarates statt. Auf der Tagesordnung stand auch die Verabschiedung der Resolution mit den Empfehlung von Yoomi Renström (Schweden, SOC) über die [„Gewährleistung der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgenderpersonen \(LGBT\): eine Verantwortung der Städte und Regionen in Europa“](#). Im Vorfeld der Verabschiedung stellte die LADS den Abgeordneten die lang-

jährige LSBTI Politik und den Berliner Aktionsplan „Initiative Akzeptanz sexueller Vielfalt“ vor und lud die vertretenen Städte ein, sich am Rainbow Cities Netzwerk aktiv zu beteiligen. Die verabschiedete Resolution ersucht lokale und regionale Behörden, sich gegen sämtliche Formen der Diskriminierung von LSBT auf lokaler Ebene einzusetzen. Es sollen Maßnahmen eingeführt werden, die auf einen besseren Schutz der Rechte von LSBT Menschen hinwirken.

Trans* in der Arbeitswelt- Ausstellung im Europarat

Vom 20. bis 24.04.15 war die Wanderausstellung [Trans* in der Arbeitswelt](#) der LADS im Europarat zu sehen. Veranstalter war

[Transgender Europe](#). Die Eröffnungsrede hielt der [Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland und Botschafter im Europarat](#) Julius Georg Luy. Zeitgleich verabschiedete der Europarat in einer Plenarsitzung eine historische [Resolution zu Selbstbestimmungsrechten von Trans*](#). Nächster Ausstellungsort ist das Rathaus Kassel. [Weitere Termine](#).



LADS Publikationen

Die LADS hat eine [Broschüre über LSBTI-Persönlichkeiten](#) veröffentlicht, die zwischen 1825 und 2006 in Berlin lebten. Portraitiert werden 33 Menschen, die für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtliche Menschen eintraten. Senatorin Kolat möchte mit dieser Broschüre Anregungen geben für Würdigungen wie das Anbringen von Gedenktafeln oder die Benennung von Straßen, Plätzen oder öffentlichen Einrichtungen nach diesen Persönlichkeiten.

Bildnachweis: S. 1: Gina Sanders – Fotolia.com; S. 2: Pablo Kuba, privat ; S. 3: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen; S. 4: Senatskanzlei; S. 6 (von oben nach unten): Fotografin Ellen Wuibaux - Europarat; Transgender Europe

**Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen
Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung
Oranienstr. 106, 10969 Berlin, Tel. 90 28 18 66, www.berlin.de/lads**